



Christine Lambrecht  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

Internet: [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Presseinformation

### Christine Lambrecht stimmt nicht für Tornado-Einsätze in Afghanistan

*Berlin/Viernheim, 12. Oktober 2007* – Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) hat sich am heutigen Freitag bei der Abstimmung über die Verlängerung des Mandats des Afghanistan Einsatzes der Bundeswehr enthalten. „Ich stehe voll und ganz hinter dem ISAF-Einsatz, bei dem der zivilgesellschaftliche Aufbau Afghanistans militärisch abgesichert wird“, so Christine Lambrecht. „Den Einsatz von Tornado-Aufklärungsflügen im Süden Afghanistans lehne ich nach wie vor ab. Da die Bundesregierung diese beiden Einsätze in einer Abstimmung verknüpft hat, ist es mir nicht möglich, diesem Antrag zuzustimmen. Deshalb habe ich mich enthalten.“

In einer Erklärung hat Christine Lambrecht gemeinsam mit anderen Abgeordneten die Gründe für Ihre Enthaltung schriftlich niedergelegt. „Seit dem Eingreifen der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan 2001 haben sich positive Entwicklungen für das Land gezeigt“ heißt es in dem Text. „Insbesondere die Bedingungen für Frauen haben sich durch Diskriminierungsverbote in der Verfassung und eine Quotierung für weibliche Parlamentsangehörige erheblich verbessert. Frauen haben Zugang zu Bildung und können damit den Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben setzen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler hat sich mit 6,5 Million mehr als verfünffacht. Profitieren tun hiervon insbesondere die jungen Mädchen, da ihnen unter Herrschaft der Taliban der Zugang zu Bildung verwehrt war. Auch sind Fortschritte bei der medizinischen Versorgung, dem Aufbau der Polizei und dem Wachstum der Wirtschaft zu erkennen“.



Christine Lambrecht  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

Internet: [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Presseinformation

Trotz der positiven Entwicklungen in Afghanistan halten die Unterzeichner den Einsatz in Afghanistan nicht für zielführend. „Die Situation vor Ort scheint vielmehr zu kippen. Gewalt, Armut und Hoffnungslosigkeit nehmen wieder zu. Vor allem an der ländlichen Region scheinen die positiven Entwicklungen vorbeigegangen zu sein“, heißt es in der Erklärung. „Hier ist ein Wiedererstarken von Taliban, bewaffneten Kriegsfürsten und Banden zu beobachten. Soldaten berichteten uns von der zunehmenden Korruption im Lande, die auch die Zusammenarbeit mit den deutschen Einheiten stark belastet. Das zu Beginn der deutschen Beteiligung formulierte Ziel, für Afghanistan Menschenrechte, Demokratie und Wohlstand zu ermöglichen, scheint in weite Ferne gerückt“.

Man sieht damit auch die Situation der Soldaten in Afghanistan zunehmend gefährdet. „Hierzu hat auch der Einsatz der deutschen Tornados beigetragen. Unabhängig von der Frage, ob und wie die durch diese Einsätze gewonnenen Erkenntnisse nun verwendet bzw. weitergegeben werden, verstärkt sich vor allem durch die Häufigkeit der Einsätze bei der afghanischen Bevölkerung der Eindruck einer deutschen „Kriegsbeteiligung“. Soldaten berichteten uns, dass seitdem immer weniger zwischen den deutschen Truppen und z.B. den der Amerikaner unterschieden wird, was zu einer weiteren Gefährdung unserer Soldaten führt“.

„Eine Zustimmung zum ISAF-Einsatz wäre für uns dennoch grundsätzlich möglich gewesen – auch wenn wir eine strategische Neuausrichtung des Einsatzes angesichts der derzeitigen Situation in Afghanistan dringend für erforderlich erachten“ betonen die Unterzeichner. „Die nunmehr erfolgte Verknüpfung mit dem Tornado-Einsatz macht uns dies hingegen unmöglich. Aus diesem Grund können wir persönlich dem Antrag der Bundesregierung weder zustimmen noch gegen ihn stimmen und werden uns daher enthalten“.